Bezugsgebühr vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.75.
Die Annahme von Ankündigungen für die nächste Nummer erfolgt in der Hauptgeschäftsstelle, Marienstraße 38 u. in den Annoncenexpeditionen von Berm. 8 bis 3 Uhr Nachm. Sonntags nur Marienstr. 38 v. 11—½1 Uhr Mittags.
Anzeigentarif. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 15 Pf., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pf.; Doppelzeile „unterm Strich" (Eingesandt) 40 Pf. Grundzeile für Montags aber nach Feiertagen 20 Pf. für Familiennachrichten u. s. w., ꝛc. 10 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Reclamen verh. mit 10 Pf. berechnet. Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 u. Nr. 2096.
Die „Dresdner Nachrichten" erscheinen täglich Morgens.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Telegr.-Adresse: Nachrichten, Dresden.

Lobeck & Co.
Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Sachsen.
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf **Dresden, Altmarkt 2.**

I. Dresdner **Elektrische** gegründet 1881 Neust. Markt, Stadt Wien **Heilanstalt** (Eingang Gr. Klostergasse 2).
Elektrotherapeutisches Institut ersten Ranges.
Ausführl. illustr. Abhandlg.: Die Heilwirkungen d. Elektrizität gegen 50 Pf.
Prospekte frei.

Kindermilch
nach Prof. Dr. Backhaus ist der beste Ersatz für **Muttermilch**.
Zu haben: Maximilians-Allee Nr. 5, Eingang Moritzstrasse.
„Nutricia".
Gesellschaft für Herstellung von Kinder- und Kurmilch.

Arthur Schmidt, Drogengeschäft
Reisewitzerstr. 31 **Dresden-Löbtau** Reisewitzerstr. 31.
Annahme von **Inseraten** und **Abonnements** für die
„Dresdner Nachrichten."

Putz- und Mode-Magazin
J. M. Korschatz **6 Altmarkt 6**
Hoflieferant **Gegründet 1843**
Stroh- und Filzhutfabrik
bietet stets nur das Neueste und Beste zu billigsten Preisen.

ff. Konfirmanden-Anzugsstoffe in schwarz u. dunkelblau Mtr. M. 4,50 bis M. 8,50 empfehlen **C. H. Hesse Nchf.** (Inh. Krüger & Reich) Marienstr. 20 (3 Raben).

Nr. 64. Spiegel: Englische Kriegskredite und Rüstungen. Hofnachrichten. Landtag. Glockenweihe. Alterthumsverein. Gerichtsverhandlungen. Lotterieliste. | Muthmaßl. Witterung: Aufklärend. | **Mittwoch, 7. März 1900.**

Englische Kriegskredite und Rüstungen.

Nervös sind die Engländer im Allgemeinen nicht, aber ein bischen mehr Hast als sonst ist in das landesübliche Phlegma Albions jetzt doch gekommen. Das zeigt sich in der Art, wie die öffentlichen Geschäfte geführt werden, u. A. durch die unerwartet plötzliche Einbringung des Budgets. Die parlamentarische Regel, die sonst von dem Stockengländerthum wie ein Fetisch verehrt wird, hätte erfordert, daß das Budget erst nach dem Ablaufe des Finanzjahrs, d. h. unmittelbar nach der Osterpause, vorgelegt worden wäre und die Regierung hatte auch noch vor einigen Wochen die Versicherung abgegeben, daß an eine Aenderung des herkömmlichen Brauches in diesem Jahre nicht gedacht werde. Inzwischen haben sich aber offenbar gegentheilige Erwägungen von zwingendem Gewicht eingestellt und dazu geführt, daß der Schatzkanzler Hicks Beach bereits am Montag sein nächstjähriges Rechen-Programm dem Unterhause vorlegte. Es wird manchem der „ehrenwerthen Gentlemen" wohl ein bischen beklommen um's Herz geworden sein bei dem Anblick der Zahlendivisionen, die Herr Hicks Beach als unwillkommene Ergänzung der südafrikanischen Soldaten-Divisionen in's Gefecht führte.

Die Ausgaben für das nächste Finanzjahr beziffert Herr Hicks Beach auf insgesammt 3 Milliarden und 80 Millionen Mark; darunter befinden sich etwa 800 Millionen zu Heereszwecken als einmalige Ausgaben und 80 Millionen als dauernde Vermehrung der laufenden Bedürfnisse. Daneben hat der englische Staatssäckel noch mit einem durch den Krieg verursachten Fehlbetrag in der gegenwärtigen Finanzperiode in Höhe von 300 Millionen Mark zu rechnen. Das macht zusammen eine allein durch den Krieg hervorgerufene Vergrößerung der Ausgaben um rund 1 Milliarde 240 Millionen Mark, und dabei ist zur Zeit noch nicht einmal abzusehen, welchen Umfang die kriegsmäßigen Aufwendungen bei einer weiteren Fortsetzung der südafrikanischen Vergewaltigungspolitik in Zukunft noch annehmen werden. Von dem bezeichneten Betrage sollen nach den Mittheilungen des Schatzkanzlers etwa 300 Millionen durch Anleihe beschafft werden, während für den Rest die Steuerkraft des Landes in Anspruch genommen werden muß. Zu dem Zwecke unterbreitet der Schatzkanzler dem Hause folgende Pläne: Erhöhung der Einkommensteuer, Ausdehnung der Stempelgebühr für die Schlußnoten der Fondsbörse auf diejenigen der Produktenbörse, Steigerung der Bier- und Spirituosensteuer, sowie Erhöhung des Tabak- und Theezolls. Herr Hicks Beach würzte den Ausdruck seiner Hoffnung, daß seine Vorschläge die Billigung des Hauses finden würden, mit einem chauvinistischen Hinweis auf die allgemeine Weltlage. England, so führte er aus, werde von den fremden Nationen mit nicht eben freundlichen Blicken beobachtet; das Ausland wolle sehen, ob die langen Jahre des Friedens und des wachsenden Wohlstands den nationalen Muth und die nationale Ausdauer des englischen Volkes geschwächt hätten. Das Ende vom Liede war, daß die „Gentlemen" des Unterhauses, mit Ausnahme natürlich der irischen Nationalisten, eine imposante Mehrheit auf die Besteuerungsanträge des Herrn Hicks Beach vereinigten. Der Schatzkanzler, der sein Schäfchen so unerwartet rasch und glatt in's Trockene gebracht hatte, dürfte eines auszeichnenden Händedrucks von Seiten des augenblicklichen Herrn und Meisters Englands, Chamberlain, nicht verlustig gegangen sein.

Nachdem die Methode der beschleunigten Geschäftsführung im Punkte der Finanzen so gute Erfolge gezeitigt hat, ist das Gerücht, die Regierung beabsichtige eine baldige Auflösung des Parlaments, nicht mehr unbedingt von der Hand zu weisen. Es erscheint sehr wohl möglich, daß eine entschlossene Ueberrumpelungspolitik auch auf dem Gebiete der Neuwahlen der Regierung ein günstiges Ergebniß sichert, und diese Wahrscheinlichkeit ist um so größer, je enger sich die Neuwahlen zeitlich an die englischen Waffenerfolge in Südafrika anschließen. Ist einmal der jetzige Kriegsenthusiasmus mehr oder weniger verrauscht und haben die Wähler Zeit gehabt, über die steuerpolitischen und militärischen Wirkungen des Krieges zur Klarheit zu gelangen, so könnte schließlich doch eine für die Chancen der Regierung höchst unliebsame Ernüchterung im Lande eintreten. Es gilt daher, das Eisen zu schmieden, so lange es heiß ist, und da das jetzige Parlament überhaupt nicht viel länger als ein Jahr noch gesetzlich zu leben hat, so wäre es am Ende ganz folgerichtig, wenn der glorioſe Herr Chamberlain sich unter den jetzigen für ihn günstigen Umständen zu einem großen politischen Flüchzuge bereit machte. Die Lage ist also thatsächlich so gestaltet, daß man sich aus guten Gründen einer baldigen Parlamentsauflösung in England versehen darf. Ergeben in solchem Falle, wie zu erwarten steht, die Neuwahlen ein dem Chamberlain'schen Imperialismus günstiges Resultat, so wird die nothwendige unmittelbare Folge davon sein, daß Herr Chamberlain und Genossen Alles aufbieten werden, um die imperialistische Stimmung der Volksmassen, welche die Herren auf weitere 7 Jahre am Ruder belassen hat, vor Abkühlung zu bewahren. Das ist der gefährliche Punkt, der die nächste innerpolitische Entwickelung in England für die ganze übrige Welt und insbesondere für den europäischen Kontinent als überaus bedeutsam erscheinen läßt.

Das heftige Rüstungsfieber, das die englischen Regierungskreise schon jetzt ergriffen hat, läßt im Voraus ahnen, was man erst zu gewärtigen haben wird, wenn das imperialistische Regierungssystem auf abermals 7 Jahre die gesetzliche Weihe durch die Wählerschaft Englands erfahren hat. Wenn man in London die Präsenzziffer jählings um eine Viertelmillion Mannschaften in die Höhe schnellt und obendrein noch an alle Kolonialregierungen geheimnißvolle Anfragen wegen weiterer Verstärkungen und deren eventueller „anderweitiger" Verwendung richtet, wenn ferner die Königin Victoria veranlaßt wird, ihre Reise nach Bordighera mit einer gewissen Ostentation aufzugeben, obwohl doch die eingetretene günstige Wendung in den südafrikanischen Kriegsereignissen den ursprünglich angeführten Grund für das Daheimbleiben der Königin illusorisch gemacht hat, so heißt das offenbar nichts Anderes, als daß England mit Verwickelungen im Orient, in Egypten, in Mittelasien oder in Indien rechnen zu müssen glaubt und sich deshalb anschickt, aller Welt die Zähne zu zeigen. Damit stimmt auch die Haltung der englischen Presse überein, die sich fortgesetzt mit den unwahrscheinlichsten Kriegsmöglichkeiten und den Chancen einer „feindlichen Landung" auf englischem Inselboden beschäftigt, wobei in erster Linie Frankreich eine Rolle spielt. Ein Blatt argumentirt beispielsweise folgendermaßen: „Es fehlt an einem führenden Geist in der militärischen Organisation Englands. Lord Wolseley ist alt; Sir Evelyn Wood ist taub; Lord Lansdowne ist schwach und unentschlossen (das ist ja ein reizendes militärisches Kleeblatt!). Egypten ist beständig von Meutereien, Indien von Hungersnoth heimgesucht. In den Vereinigten Staaten spricht sich die Volksstimme immer mehr zu Gunsten der Buren aus. Der Czar, obgleich friedliebend, ist vertragsmäßig verpflichtet, Frankreich in einem Kriege gegen England zu Hilfe zu kommen. Für den Fall, daß die Kanalflotte gerade abberufen oder durch Stürme stark reduzirt wäre, könnte nichts die Franzosen davon abhalten, 70,000 Mann mit 250 schnellfeuernden Geschützen an der englischen Küste an's Land zu setzen; und wenn einmal ein solches Heer auf der großbritannischen Hauptinsel festen Fuß gefaßt hätte, dann könnte nichts in der Welt es von einem Vormarsch auf London zurückhalten."

Gleichzeitig veröffentlicht der Pariser „Matin" einen Artikel, in dem den Engländern Angriffsgelüste gegen Frankreich nachgesagt und die Franzosen aufgefordert werden, sich bereit zu halten, um einen englischen Einfallsversuch zurückweisen zu können. Die „Berl. N. N." glauben aber nicht an den Ernst dieses Kriegsrufes, sondern weisen darauf hin, daß der „Matin" eng mit der Londoner „Times" verbunden sei, die „mit aller Macht auf einen Konflikt zwischen Deutschland und England hinarbeiten". Man sieht also, es ist das reine internationale Verirspiel, das da von London aus betrieben wird, aus dem einstweilen kein Mensch recht klug werden kann. Nur so viel scheint fest zu stehen, daß drei Momente in ihrer Zusammenwirkung für die Haltung der englischen Machthaber bestimmend sind: das imperialistische Sensationsbedürfniß im Allgemeinen, sowie die Neigung, das britische Mäthchen an einem bestimmten europäischen Gegner zu kühlen, im Besonderen als anreizende Faktoren und die zwar geheime und unausgesprochene, aber doch den ganzen englischen Staatsorganismus beherrschende Furcht vor Rußland als hemmendes Gewicht. So lange der russische Regulator sich noch stark genug erweist, um gegenüber dem imperialistischen Hochmuth Englands ausgleichend zu wirken, erscheint die internationale Lage nicht ernstlich gefährdet, und man wird so lange die englischen Drohungen als bloße Scheinmanöver zu betrachten haben, die nur den Zweck verfolgen, das imperialistische System im Innern zu stützen und auszubauen. Ein derartiges Verfahren führt aber schließlich einmal zu dem Punkt, wo die Gewalt der entfesselten Leidenschaften nicht mehr zu bändigen ist; dann tritt der „psychologische Moment" ein, wie 1870 in Frankreich, der die Katastrophe herbeiführt. Es kann deshalb keinem Zweifel unterliegen, daß ein imperialistisches England je länger, desto mehr eine Gefahr für den Weltfrieden bildet und alle fremden Mächte zwingt, auf ihrer Hut zu sein.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 6. März.

* Bayreuth. Bei der Reichstags-Ersatzwahl wurden bis 10 Uhr Abends für Friedel (nat.-lib.) 6879 Stimmen und für den sozialdemokratischen Gegenkandidaten 1020 Stimmen gezählt. Die Wahl Friedel's ist somit gesichert.

* Montgomery (Westvirginien). Infolge einer Explosion in den Radalhgruben wurden heute Vormittag 70 Bergleute verschüttet. Bisher sind nur 2 der Verunglückten gerettet.

* Montgomery. Bisher wurden von den in den Radalhminen Verunglückten 40 als Leichen geborgen.

Berlin. Reichstag. Der Gesetzentwurf über die Konsulargerichtsbarkeit wird in zweiter Lesung auf Antrag des Abg. Schrader en bloc in der von der Kommission vorgeschlagenen Fassung angenommen. — Ueber eine Petition des Bundes Deutscher Frauenvereine zu Leipzig, betr. die einheitliche Gestaltung des deutschen Vereins- und Versammlungsrechtes beantragt die Kommission Uebergang zur Tagesordnung. Abg. Pachnicke (freis. Ver.) beantragt die Ueberweisung an den Reichskanzler zur Berücksichtigung. Es entspreche nicht mehr dem heutigen Rechtsbewußtsein, daß Frauenspersonen, wie sich das Vereinsrecht ausdrücke, an politischen Vereinen oder gar, wie das in einzelnen Staaten der Fall sei, an politischen Versammlungen nicht theilnehmen dürften. Dieser Rechtszustand sei um so unhaltbarer, als auch fachgewerbliche und soziale Vereinigungen ꝛc. unter den Begriff von politischen Vereinen fielen, sobald sie irgendwie eine Einwirkung auf die Gesetzgebung erstrebten. Und wie viel Tausend weibliche Personen seien heutzutage gezwungen, für ihren Erwerb zu arbeiten; dann könne ihnen auch das hier begehrte Recht nicht länger vorenthalten werden. Abg. Beck-Heidelberg erklärt Namens der Nationalliberalen, daß sie sich dem Antrage Pachnicke und Rickert anschließen und überhaupt eine reichsgesetzliche Regelung des Vereins- und Versammlungsrechts für nöthig hielten. Abg. Stolle (Soz.) bespricht die Verhältnisse unter dem Vereinsrecht in Sachsen. Abg. Herzfeld (Soz.), die in Mecklenburg, speziell in Wismar. Dort werde das Koalitionsrecht der Arbeiter durch das Junkerthum im Verein mit den Behörden einfach zu Nichte gemacht, dort ständen auch die Nationalliberalen ganz auf Seiten des Junkerthums. Abg. Beckh-Coburg (freis. Volksp.) plaidirt ebenfalls für Berücksichtigung der Petition. Der bestehende Zustand sei kaum noch ein Rechtszustand zu nennen. Wenn die Frauen jetzt civilrechtlich wenigstens annähernd den Männern gleichgestellt seien, so könne ihnen das doch auch wirthschaftlich und politisch nicht verweigert werden. Abg. Bauer (Soz.) verbreitet sich über die Handhabung der Vereins- und Versammlungspolizei im Staate Schiller's und Goethe's, im Großherzogthum Sachsen-Weimar. Abg. Büsing (nat.-lib.) verwahrt die Nationalliberalen Mecklenburgs gegen den Vorwurf, mit dem Junkerthum zusammenzugehen. Zwischen der dortigen hochkonservativen Partei und den Nationalliberalen bestehe in der mecklenburgischen Verfassungsfrage ein tiefer Riß, und als er selbst in seinem Wahlkreise zur Stichwahl mit einem Sozialdemokraten stand, hätten dortige Konservative erklärt: Lieber den Sozialdemokraten als Büsing, und wie sei er von den hochkonservativen „Mecklenburger Nachrichten" angegriffen worden. Dieser Riß werde auch in Zukunft immer bestehen bleiben, solange bis die mecklenburgische Verfassungsfrage gelöst sei. Abg. v. Treuenfels (kons.) bestreitet, daß es in Mecklenburg irgend Jemanden gebe, der den Arbeitern ihr Koalitionsrecht verkümmern wolle. (Lachen links.) Wenn gegen den verehrten Abgeordneten Büsing bei der letzten Wahl eine solche Aeußerung gefallen sei, wie dieser sie angeführt habe, so könne er selbst das nur bedauern. Daß gegen die Sozialdemokraten die staatserhaltenden Parteien Hand in Hand zu gehen hätten, halte er für selbstverständlich. Gegen die Stimmen der beiden konservativen Fraktionen wird die Petition zur Berücksichtigung überwiesen. Eine Petition um Einführung des Befähigungsnachweises im Baugewerbe soll nach Vortrag der Kommission zur Berücksichtigung bez. als Material überwiesen werden. Abg. Frohme (Soz.) behauptet, die Unfälle im Baugewerbe seien im Allgemeinen nicht die Folge von Unkenntniß, sondern vielmehr von Gewinnlust, die zur leichtsinnigen Bauweise verleite. Angesichts der Verantwortlichkeit, um die es sich bei solchen Dingen handle, könne man allerdings einer Prüfung durch eine staatliche Kommission zustimmen, nicht aber durch Innungsorgane, wie es hier verlangt werde. Abg. Werner (Ref.) wünscht den Befähigungsnachweis überhaupt für das ganze Handwerk, umso mehr aber für das Baugewerbe. Abg. Dr. Hahn (Bund der Landwirthe) hält die gegenwärtige Organisation des Handwerks für noch durchaus nicht genügend; wenn irgendwo, so sei aber jedenfalls bei dem Baugewerbe der Befähigungsnachweis nothwendig. Abgg. Paulli-Potsdam (wildkons.) und Bindewald (Ref.) treten ebenfalls für den Befähigungsnachweis ein. Abg. Pachnicke (freis. Ver.) bekämpft denselben. Gerade für das platte Land würde der Befähigungsnachweis Schwierigkeiten und Vertheuerung des Baues zur Folge haben. Abg. Gröber (Centr.): Die Sozialdemokratie bewege sich in Widersprüchen, indem sie sonst gegen das Großkapital ankämpfe, hier aber dem kleinen Handwerk den Schutz versage. Abg. Kettner (nat.-lib.) spricht sich für den Befähigungsnachweis im Baugewerbe aus. Abg. Stolle (Soz.): Der Befähigungsnachweis nutze dem kleinen Handwerk gegen den Großkapitalismus im Baugewerbe genau ebenso wenig, wie gegen die Unfälle. Das Haus beschließt gegen Sozialdemokraten und Freisinnige den Kommissionsanträgen gemäß. — Morgen: Dritte Lesung der Konsulargerichtsbarkeit, Rechnungssachen, Reichsschuldenordnung, Petitionen.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus begann heute die Berathung des Kultusetat. Abg. v. Pappenheim (kons.) brachte die Reitzer'schen Syphilis-Impfungen, die in Breslau an vier Kindern wider deren Willen vorgenommen wurden, zur Sprache. Die von der Regierung getroffenen Maßnahmen zur Verhütung solcher Vorkommnisse seien unzureichend. Leider seien die Reitzer'schen Versuche nicht vereinzelt. Von hochstehenden Autoritäten der Wissenschaft werde das Vorsichgehen solcher Impfungen zugegeben und entschieden verurtheilt. Ein anderer Arzt habe zwei Todtkranke mit Tarunkel-Virus infizirt; Beide seien gestorben und der Arzt habe das Ergebniß seiner niederträchtigen Versuche in den Fachzeitungen mitgetheilt. Die Regierung habe die Pflicht, gegen solche unerhörte Vorkommnisse einzuschreiten. (Beifall.) Abg. Sänger (Hosp. d. freis. Volksp.), v. Jagow (kons.), Graf Mollke (freikons.), Sattler (nl.) und Fritzen (Centr.) schließen sich dem Abg. v. Pappenheim und dessen Entrüstung über die erwähnten Fälle an. Ministerialdirektor Althoff legt dar, daß der Regierung nach keiner Richtung ein Vorwurf gemacht werden könne. Bisher habe die Sache bei dem Staatsanwalt geschwebt. Erst ganz kürzlich sei der Bescheid eingegangen und sofort sei Alles geschehen, was geschehen konnte. Was die Reitzer'schen Fälle anlange, so seien seit sechs Jahren keine neuen Impfungen vorgekommen. Die zahlreichen anderen Fälle, die jetzt bekannt würden, bedürften noch sehr der Aufklärung. Kultusminister Studt bedauert die Vorkommnisse sehr und verspricht Alles zu thun, um solche für die Zukunft zu verhüten. In dem Falle Reitzer müsse er sich Zurückhaltung auferlegen wegen des schwebenden Disciplinarverfahrens. Abg. Dr. Virchow (freis. Volksp.) meinte, es würde schwer sein, feste Grenzen für die ärztlichen Maßnahmen besonders in Bezug auf die Uebertragung von Krankheitsstoffen auf Personen anders als in dem Pflichtbewußtsein der Aerzte zu finden. Lange habe man die Tuberkel-Impfung für sehr nützlich gehalten, später sei man davon zurückgekommen. Die Serumtherapie sei gar nichts anders zu handhaben als durch solche Uebertragungen. Abg. Freiherr v. Zedlitz (freikons.): Experimente wie solche, die hier vorgetragen wurden, dürften absolut nicht vorkommen. Die Erklärungen des Ministers könnten nicht befriedigen. Die Fälle seien durch bureaukratische Langsamkeit und Schwerfälligkeit unentschuldbar verzögert. Damit wurde die Debatte über den Gegenstand geschlossen. Bei dem Ausgabe-Titel „Ministergehalt" brachte Abg. Freiherr v. Heereman (Centr.) die üblichen Beschwerden des Centrums über ungerechte Behandlung von Katholiken, Polen und Ordensschwestern vor. Minister Studt trat diesen Beschwerden entgegen. Wegen ungerechter Behandlung der Orden könnten sich die Katholiken wirklich nicht beklagen. Von 890 Niederlassungen im Jahre 1887 seien wir auf 1530 im verflossenen Jahre mit 19,700 Insassen gestiegen. Abg. Dr. Friedberg (nat.-lib.) erklärte, daß den Wünschen des Centrums schon viel zu weit entgegengekommen sei. Wollte man allen Wünschen des Centrums nachgeben, so würde das den Frieden der Bevölkerung wahrlich nicht fördern. Die Klagen des Centrums über polizeiliche Eingriffe seien merkwürdig. Bei der lex Heinze habe man solche Abneigung gegen polizeiliche Eingriffe bei dem Centrum nicht bemerkt. Abg. v. Blankenburg (kons.) beschwert sich darüber, daß die Regierung die Alt-Lutheraner noch immer nicht als öffentliche Religionsgesellschaft anerkannt habe und daß dem altlutherischen Geistlichen zu

Meine Frau sagt: Triumph-Seife ist doch die beste für Wäsche und Haushalt